

Zeitbombe Iran?

US-amerikanische Interessenspolitik im Mittleren Osten und die Renaissance der Mullahs

Gerd Weidenhausen

Im November 1979, kurz nach der Abdankung des Schahs und der Machtergreifung Khomeinis, besetzten fanatisierte iranische Studenten die amerikanische Botschaft in Teheran und nahmen 55 Botschaftsangehörige zu Geiseln. Der damalige US-Präsident Jimmy Carter verlor, nachdem ein militärischer Befreiungsversuch in einem Fiasko geendet hatte, in der amerikanischen Bevölkerung stark an Sympathie. Ein Jahr später, im November 1980, standen in den USA die Präsidentschaftswahlen an, bei denen Ronald Reagan und George Bush, der Vater des jetzigen US-Präsidenten, gegen Jimmy Carter kandidierten. Die Geiseln waren immer noch nicht frei – und Carter verlor die Wahlen. Die gesamte Geiselaffäre gewann im Nachhinein zusätzlich dadurch an Brisanz, dass diverse Geheimverhandlungen der politischen Konkurrenten Carters mit Emissären Khomeinis bekannt wurden, in denen es um eine zeitlich verzögerte Freilassung der Geiseln gegangen sein soll, um auf diese Weise Carters Wahlchancen zu minimieren. Im Rahmen der Iran- Contra-Affäre kamen dann eine Reihe von Einzelheiten ans Tageslicht, die den Wahlsieg der Republikaner gegen Carter eintrübten.

Historische Altlasten

Seit 1979 definiert sich die iranische Außenpolitik durch den »Satan USA«, nur noch von dem Feindbild Israels übertroffen. Umgekehrt sehen die USA in der potentiellen Regionalmacht Iran zwar keinen ernst zu nehmenden militärischen Rivalen, aber einen regionalen Unsicherheitsfaktor als maßgeblicher Gegenspieler Israels und einen ideologischen Gegner, der vom jetzigen US-Präsidenten Bush

Bush denn auch umstandslos in die »Achse des Bösen« eingereiht wurde. So wie die Demütigung der Geiselnahme kurz nach der so genannten Iranischen Revolution Khomeinis in den USA nicht vergessen ist, so hinterließ der so genannte Mossadegh-Komplex tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis der iranischen Bevölkerung: Mohammad Mossadegh, der einzig demokratisch gewählte Regierungschef, den der Iran jemals hatte, mit großen Sympathien im Volk, wurde auf Veranlassung der Amerikaner und Briten von seinem Amt beseitigt bzw. weggeputscht, weil er das iranische Erdöl verstaatlicht hatte. Statt dessen wurde der im Volk verhasste Schah Reza Pahlavi nach seiner Flucht ins Ausland wieder eingeflogen und zum alleinigen Herrscher inthronisiert. Auch ist die amerikanische Unterstützung des iranischen Erzfeindes Irak in dem achtjährigen verlustreichen iranisch-irakischen Abnutzungskrieg nicht vergessen. Faktoren also, mit denen die Propaganda der iranischen Mullahs im gegenwärtigen Atompoker zu operieren versteht, um die im Grunde mit der Regierung unzufriedene und tief enttäuschte Bevölkerung an das Mullah-Regime zurückzubinden. Es scheint, als arbeite der gegenwärtige Atomkonflikt den konservativen Kräften im Iran in die Hände und über-tünche das ganze Ausmaß des Scheiterns der Iranischen Revolution.

Denn längst wünschte der größte Teil der iranischen Bevölkerung, desillusioniert vom verordneten Glauben der Mullahs, normalisierte Beziehungen besonders zu den USA. Längst war die theokratisch verordnete und ideologisierte Amerika- und Israel-Feindschaft verbraucht und wich einer offen zur Schau gestellten West-Orientierung, beson-

ders bei der jugendlichen Bevölkerung. Volker Perthes, Leiter der Forschungsgruppe Naher und Mittlerer Osten in der SWP in Berlin, fasst diesen Umstand so zusammen: »Vermutlich genießen die USA im Iran sogar höhere Sympathiewerte als in jedem anderen Land des Mittleren Ostens. Niemand will zwar von Amerika »befreit« werden. Genauso wenig möchte man aber eine Regierung im Dauerkonflikt mit den USA.«¹

Eine kompromisslose westliche Politik des Einkreisens, Isolierens, Drohens und militärischen Bestrafens würde jene Sympathie ebenso verspielen wie das Vertrauen in die Kraft demokratischer Reformen. Im Unterschied zur pan-islamischen Ideologie des arabischen Raumes, der nur eine sekundäre Form des Nationalismus hervorbringen kann, liegt im Schiitentum eine stark national geprägte Ideologie vor, im Falle des Irans ergänzt von einem ausgeprägten und weit zurückreichenden historischen Gedächtnis, aus dem heraus im Falle äußerer Bedrohungen ein nationaler Zusammenhang gestiftet werden kann, der nicht als Anerkennung der gegenwärtigen iranischen Regierung missverstanden werden darf.²

Das lange Ende der iranischen Revolution

Das politische System des Iran bildet ein eigentümliches Konglomerat aus theokratischen und demokratisch-republikanischen Elementen, die aber bei näherem Hinsehen eine Alibi-Funktion haben. Im Iran gibt es im Unterschied zu den meisten arabischen Staaten einen Wettbewerb um hohe Staatsämter. So auch Präsidentschaftswahlen, die aber einen mehr formellen Charakter haben, wenn man bedenkt, dass der vom geistigen Führer Ali Khamenei ernannte Wächterrath Parlamentskandidaten einfach ausschließen und Gesetze willkürlich annullieren kann. Es liegt also alles andere als eine Demokratie westlich-liberaler Prägung vor. Das iranische System, wie es seit Ajatollahs Chomeneis Machtantritt besteht, stellt aber auch eine Umbildung und Revision der traditionellen

schiitischen Herrschaftstheorie dar: Diese ist nämlich der Auffassung, dass jede Form der Herrschaft der Menschen auf Erden so lange illegitim ist, bis der 12. Imam wiedergekehrt sei. Dieses traditionelle, eschatologische Verständnis impliziert eine strikte Trennung von Politik und Religion, mit der erst Chomeini brach. Dessen eingeführte Theokratie im Sinne der radikalen Politisierung von Religion kam deshalb einer Revolution gleich. Denn nun vertritt in der neu eingeführten »Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten« ein »zur Führung befähigter Rechtsgelehrter« den abwesenden 12. Imam. Als solcher bevollmächtigte sich Ajatollah Chomeini; gefolgt 1985 von Ajatollah Montaseri, dessen interne Menschenrechtskritik ihm sein Amt kostete, mit der Folge, dass zunächst kein geeigneter Nachfolger gefunden werden konnte. Schließlich wählte der so genannte Expertenrat Ali Khamenei zum neuen Revolutionsführer. Als wesentliche Säule der Macht des politisierten schiitischen Klerus im Staat, der im Gegensatz zu dem machtlosen Gros der geistlichen Quietisten steht, kann der Wächter- und Expertenrat, angeführt von Ajatollah Dschannati und Ajatollah Meschkini, gelten. Diese Figuren bilden mitsamt der zweiten Säule der Macht, den zahlreichen revolutionären und religiösen Stiftungen, die eigentlichen Reformgegner. Ergänzt werden diese von in der iranischen Verfassung nicht vorgesehenen, aber extrem einflussreichen Organisationen radikal-islamischer Prägung, die auch als Schlägertrupp der Konservativen fungieren und kritische religiöse Intellektuelle und andere Kontrahenten des Systems einschüchtern. Die religiösen Stiftungen, die so genannten Bonjads, bilden das eigentliche Rückgrat der iranischen Theokratie: »Inoffiziellen Schätzungen zufolge liegen 80 Prozent der iranischen Wirtschaft in den Händen des klerikalen konservativen Establishments und eine ganz zentrale Rolle spielen dabei ... die Bonjads. Offiziell gelten die Bonjads als vom Staat unabhängige Institution, de facto bilden sie einen Staat im Staate.«³

Diese Bonjads finanzieren in- und ausländische militante islamistische Gruppen und zeichnen sich auch für die Ausschreibung eines enormen Kopfgeldes für die Ermordung des britischen Schriftstellers Salman Rushdie verantwortlich. Diese sind es auch, die im Verbund mit der offiziellen Obergewalt des Wächterrates die Anfang der neunziger Jahre durch die »religiösen Aufklärer« ins Leben gerufenen Debatten über die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie, über die Frauen- und Menschenrechte im Keim zu ersticken trachteten.

Mit dem Amtsantritt des Reformers Mohammed Chatami wurde den »religiösen Aufklärern« ein legalisiertes, umfassendes gesellschaftliches Forum zur Verbreitung ihrer Ideen gewährt, misstrauisch beäugt von den Konservativen, die Chatamis Einfluss mit allen Mitteln einzuschränken versuchten. Es entstand der Konflikt zwischen den Reformern und den Konservativen. Nach Auffassung des oppositionellen, vom Amt vertriebenen Geistlichen Ajatollah Montaseri ist die Herrschaft des Revolutionsführers nicht, wie die offizielle Staatsdoktrin Glauben machen will, als gottgegeben anzusehen, sondern allein durch direkte Wahlen vom Volk legitimierbar. All diese Reformgedanken erstickte das klerikale konservative Establishment im Keim, unter anderem mit der Folge, dass mehr als 200.000 Menschen jährlich das Land verließen und bei den Zurückgebliebenen sich Apathie und Resignation breit machten.⁴ Das theokratische Herrschaftssystem hat den Iran in allen Belangen heruntergewirtschaftet. Die Zahlenbilanz spricht Bände: 60 Prozent aller Iraner leben nach Schätzungen unterhalb der Armutsgrenze, 28 Prozent der Bevölkerung leiden an Depressionen, von 70 Millionen Iranern sind 2,8 Millionen drogensüchtig. Millionen Iraner wurden in das Exil getrieben. Über 1 Million Tote kostete der iranisch-irakische Krieg allein auf iranischer Seite. Hinzu kommen die verheerenden Erdbeben von 1990 und 2003, die die Leidensfähigkeit der iranischen Bevölkerung vollends auf

die Probe stellten. Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi resümierte angesichts dieser Elends: »Es wird noch Generationen dauern, bis wir uns von dem erholt haben, was uns die Revolution gekostet hat.«⁵ Angesichts eines Staates, der im Wunsch, von den USA als Regionalmacht anerkannt zu werden, atomare Ambitionen verfolgt, die auch dazu dienen, seine innere Schwäche zu kompensieren, wäre ein militärisches Vorgehen des Westens nur kontraproduktiv. Außerdem fürchtet die iranische Bevölkerung nichts mehr, als dass die Amerikaner und die EU bei dem Atompokere die gängigen innenpolitischen Repressionen im Iran stillschweigend tolerieren, wenn dieser nur das Atomprogramm storniert und sich bereit erklärt, von seiner Feindschaft gegenüber Israel abzulassen. Man fürchtet, Opfer eines Deals zu werden, bei dem das Wohl der Bevölkerung wenig interessiert. Die iranische politische Elite hingegen sucht im Konzert der Mächte nach einer angemessen gewürdigten Positionierung, die sie in einem gewagten Spiel mit dem Feuer den USA mit Mitteln abverlangen möchte, die denkbar ungeeignet und vorab zum Scheitern verurteilt sind. Dabei bedient sie sich allerlei diplomatischer Schachzüge in einem Katz- und Maus-Spiel, dem der Westen längst auf die Schliche gekommen ist. Der Westen agiert denn auch in der europäisch-amerikanischen Arbeitsteilung von Verhandeln, Belohnen und Drohen im Wissen um seine Machtvollkommenheit und unantastbare Souveränität.

Iranische Atomprogramme

Die Atompolitik der Regierung steht seit dem Frühjahr 2003 im Zentrum der internationalen Debatte. Die USA und Europa sind sich darin einig, den Iran an der Möglichkeit der Gewinnung atomarer Kapazitäten im militärischen Bereich zu hindern. Da der Iran über die zeitgrößten Naturgasreserven der Welt und respektable Ölvorkommen verfügt, erscheint das Argument, auf die friedliche Nut-

zung der Atomenergie zur Deckung des Energiebedarfs angewiesen zu sein, wenig plausibel. Selbst iranische Energieexperten bezweifeln entgegen der energiepolitischen Legitimationsstrategie der iranischen Atomenergieorganisation, dass Atomenergie zur Schließung einer möglichen Lücke des Strombedarfs nötig sei.⁶

Der Iran ist, daran gibt es keinen Zweifel, an der militärischen Nutzung der Atomenergie interessiert und will sich das Recht auf Urananreicherung grundsätzlich vorbehalten. Inzwischen begründet er dieses eingestandene »Anrecht« mit seiner Einkreisung durch die Atommächte Pakistan, Israel und Indien und mit der Gefahr, dass es ihm ohne Atomwaffen so ergehen könne wie dem Irak.⁷ Andererseits werden aber iranische Unterhändler und Politiker nicht müde zu betonen, man intendiere kein atomares Waffenprogramm. Die Widersprüchlichkeit dieser Verlautbarungen steigert die westliche Skepsis und lässt Raum für allerlei Bedrohungsszenarien, die die defensive Balance-of-Power-Argumentation der iranischen Regierung in einen potentiellen schiitischen Expansionismus umdeuten.⁸ Der Vorwurf, der Iran könne seinen Einfluss auf die Schiiten im Irak und anderswo ausweiten, ist einer von vielen, der die Realitäten – bewusst oder unbewusst – verkennt. Eher verhält sich der Sachverhalt umgekehrt:

Es droht den iranischen Führern von ihren schiitischen »Glaubensbrüdern« im Irak ein schmerzlicher Verlust an Legitimität und geistlichem Einfluss. So hinterfragt die ranghöchste schiitische Autorität des Irak, Ajatollah Ali al-Sistani, massiv die Legitimität des iranischen Regierungssystems der »Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten« und ist dabei, die irakische Theologenstadt Nadschaf wieder zum geistigen Mittelpunkt der schiitischen Welt zu machen. Das iranische Modell findet bei den irakischen Schiiten keinen Anklang. Vielmehr scheint sich der schiitisch-sunnitische Wettstreit zu einem inner-schiitischen zu erweitern, der eine Ausbreitung schiitischen Einflusses im Mittleren

Osten eher obsolet erscheinen lässt. So wenig derartige Unterstellungen iranischer Expansionsunternehmungen von den Fakten her gedeckt erscheinen, so zutreffend sind im Gegensatz dazu die Feststellungen der 35 Mitgliedsstaaten des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEO) vom November 2004, wonach der Iran seine Vertragsverpflichtungen im Rahmen des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NPT) »vielfach gebrochen« habe. Nach Artikel 2 des Nichtverbreitungsvertrags hat der Iran kein Recht, sich Materialien zur Herstellung von Atomwaffen zu beschaffen. Der Iran bestätigte aber inzwischen den Kauf von nuklearen Bauteilen auf dem Schwarzmarkt, ergänzt von den Enthüllungen Abdul Qadir-Khans, des Leiters des pakistanischen Atomwaffenprogramms, denen zufolge Pakistan den Iran über Jahre mit dem Know-how bei dessen Uran-Anreicherungsprogramm beigestanden habe. Satellitenaufnahmen bestätigen rege Aktivitäten in den iranischen Atomprogramm-Zentren Natans, Bushehr und Parchin.⁹ Februar 2003 darf die IAEO erstmals eine iranische Atomanlage inspizieren; Juni 2003 verbietet der Iran der IAEO, Proben im Elektrizitätswerk Kelaye zu nehmen. Als Reaktion auf die iranischen Kapriolen verabschiedeten die EU und die USA eine gemeinsame Erklärung zum Verbot der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Gleichsam beginnen im Oktober 2003 die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, die so genannte EU-3, Verhandlungen mit dem Iran, dem sie die Zusicherung abtrotzen, die Anreicherung von Uran und die Wiederaufbereitung von Brennstäben auszusetzen. November 2003 konzidiert der Iran, Plutonium produziert und dem IAEO die Existenz einer Uran-Anreicherungsanlage heimlich zu haben. Die Europäer bestehen auf Irans endgültiger Abkehr von der Uran-Anreicherung, räumen diesem aber als Gegenleistung das Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie ein, verbunden mit der Zusicherung verbesserter Wirtschaftsbezie-

hungen mit Europa und einer forcierten technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Während die Europäer, eingeleitet durch die Verhandlungen Oktober 2003 durch die Reise der Außenminister Fischer, Straw und de Villepin nach Teheran auf Verhandlungen, Kompromisse und Angebote setzten, verfolgten die USA eine Strategie der Isolation, Konfrontation und einer stets offen gehaltenen militärischen Option. Diese verschiedenen Vorgehensweisen beim gemeinsamen Ziel, durch die Garantie der Schließung des Brennstoffkreislaufs die Produktion von waffenfähigem Uran auch technisch auszuschließen, damit dem Iran den Bau einer Atombombe unmöglich zu machen, wurden verschieden interpretiert. Während die einen in den divergierenden Verfahren der EU und der USA eine Fortsetzung der Konkurrenz unterschiedlicher Politikmodelle – metaphorisch überhöht in der Rede von »Mars« und »Venus« – mutmaßten und die Iran-Politik zum Testfall der gemeinsamen Politik von EU und der USA stilisierten, sprachen andere von einer abgesprochenen Arbeitsteilung, die so die größte Chance auf Erfolg garantiere.¹⁰

Für den Iran bleibt die Aussicht, im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen als Sanktionsfall vor dem UN-Sicherheitsrat zu landen und damit zum Objekt einer militärischen Strafaktion zu werden. Ein Militärschlag gegen den Iran fände aber weder unter den im Exil lebenden Oppositionellen noch in der iranischen Bevölkerung Zustimmung. Der geachtete Gesprächspartner der US-Administration, Rezza Pahlevi, der Sohn des letzten Schahs, vermerkt dazu: »Amerika sollte jetzt, statt mit der Teheraner Regierung zu verhandeln oder einen eventuellen Militärschlag zu planen, den Widerstand der freiheitsliebenden Iraner unterstützen.«¹¹ Danach sieht es nicht aus. Eine Rhetorik, die die »Inkarnation des Bösen« auf der »Achse des Bösen« ganz der militärischen Option freigibt, stärkt mit diesen Drohgebärden nur die konservativen Mullahs im Iran und gibt deren Begründungen neue Nahrung, sich nur mit Atomwaffen

Angriffen von außen erwehren zu können. Es scheint eine fatale zirkuläre Logik in Gang gesetzt, die nach Art eines Teufelskreises sich gegenseitig bedingender Verdächtigungen funktioniert. Der Leiter des Projekts für Nichtverbreitung der Carnegie-Stiftung, Joseph Cirincione, beschreibt die gegenwärtige Situation so: »Deshalb werden sich die USA mit der gegenwärtigen Regierung auseinander setzen müssen, von der wiederum nicht zu erwarten ist, dass sie ihre entstehenden Atomwaffen-Fähigkeiten aufgibt, solange sie mit der Drohung eines gewaltsamen Regierungswechsels durch die USA konfrontiert wird. Die USA sollten ihre Unterstützung für die demokratischen Reformen im Iran nicht aufgeben. Stattdessen sollten sie – wie im Falle der Sowjetunion- Atomverhandlungen führen und gleichzeitig Reformen fördern.«¹² Wenig deutet darauf hin, dass die gegenwärtige US-Administration diesen vernünftigen Weg zu gehen bereit ist.

Neokonservatives Netzwerk

Ernst zu nehmen ist der Einfluss des mächtigen neokonservativen Netzwerks, so unter anderem in Gestalt des rechten American Enterprise Institute, auf die amerikanische Außenpolitik. Der Journalist der »Zeit«, Jochen Bittner, hat diesen Einfluss am 28. 10. 2004 ausführlich analysiert. Danach gelten für den einflussreichen ehemaligen Pentagon-Mitarbeiter und Berater des Nationalen Sicherheitsrats, Michael Ledeen und Douglas Feith, Chef der Politik-Planungsabteilung im Verteidigungsministerium, alle Gründe zugunsten des Irak-Krieges »für den Iran erst recht.« Statt Bagdad, so deren Auffassung, hätten sich die USA zuerst Teherans annehmen sollen. Zumindest hat sich M. Ledeen als einer der Schlüsselfiguren in der Iran-Contra-Affäre schon 1986 des Iran auf seine Weise angenommen. Damals, so Jochen Bittner, lieferten die USA dem Iran »heimlich Waffen, um als Gegenleistung amerikanische Geiseln im Libanon freizubekommen. Das Geld aus

dem Verkauf floss an die Contra-Rebellen in Nicaragua«, mit all den bekannten Folgen. Auch der Redenschreiber von G. W. Bush, der den Ausdruck von »der Achse des Bösen« kreierte, plädiert für bedingungslose Härte gegen den Iran und unterstellt im gleichen Zuge gewissen »Regierungschefs in Europa« eine »Feindschaft gegenüber den USA für ihre kurzfristigen innenpolitischen Ziele«, womit deren gemäßigte Politikauffassung gleichsam in einen Freund-Feind-Atavismus umgedeutet ist. Der Streit zwischen dem Iran und den USA könnte Anfang Sommer eskalieren. Ein Scheitern der Verhandlungen der EU-3 brächte Europa in die Bringschuld gegenüber den USA, die diese Verhandlungen aus taktischen Erwägungen im Kalkül zuließen, »im wahrscheinlichen Fall eines Scheiterns wie auch im unwahrscheinlichen Fall eines Erfolgs der Verhandlungen auf der Seite der Gewinner zu stehen.«¹³ Es bleibt zu hoffen, dass nicht die pessimistische Prognose zutrifft, nach der die EU-3 in Analogie zur Vorkriegsphase des Irak für die »Inspektoren-Phase« – damals gestellt durch die UNO – aufkommen, während der Krieg längst beschlossene Sache ist. Dabei sind friedenspolitische Alternativen durchaus denkbar und liegen auch vor. Die EU als die zur Zeit einzig glaubwürdige moralische Kraft in der Weltpolitik, die mit friedenspolitischen Konzepten die verfahrenere Lage im Nahen und Mittleren Osten auflösen könnte, hätte im Sinne der ehemaligen Erfolge der OSZE eine regionale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten zu initiieren. Anzustrebendes Ziel hätte eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone zu sein, der sich alle Staaten dieses Raumes zu verpflichten hätten. Eine komplette Fassung eines Friedenspapiers der Projektleiter der Stiftung »Europa und der Nahe Osten« liegt im Internet unter www-cap.uni-muenchen vor und beschreibt Europas mögliche Rolle als ehrlicher Makler in einem zukünftigen Golf-Sicherheits-system. Statt Kriegsdrohungen und Ausgrenzungen plädieren die Autoren für eine Einbindung des Iran in dieses System. Dazu

könnten die jüngsten Vereinbarungen der EU-3 mit dem Iran ein erster Schritt sein.

Anmerkungen:

- 1 Volker Perthes: *Stolz und Misstrauen. Wie der Konflikt mit dem Westen im Iran gesehen wird*, in: »Internationale Politik«, Februar 2005, Nr. 2, S. 59.
- 2 Siehe auch »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 3/2005, S. 265, S. 266
- 3 K. Amirpur: *Iran nach dem Wahlsieg der Konservativen*, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Nr. 4, 2004, S. 465
- 4 In dem Essay *Politik als Strafe Gottes*, erschienen in »Die Zeit«, 10. 2. 2005, schildert der iranische Schriftsteller Abbas Maroufi den moralischen und ökonomischen Niedergang des Iran in eindringlichen Worten.
- 5 Zitiert bei K. Amirpur, a. a. O., S. 466
- 6 Mohssen Massarat: *Teherans Atompolitik*. In: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Nr. 4, 2004. Derselbe: *Das Spiel mit dem Feuer*, in: »Freitag«, 29.10. 2004
- 7 M. Massarat: *Iran: Atom-Konflikt auf Raten*. In: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Nr. 1, 2005
- 8 Siehe »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: *Warnungen vor Iran. Amerikanische Geheimdienste sehen neue Bedrohungen*. 18. 02, 2005
- 9 Siehe die »Welt am Sonntag«, Nr. 40, 3. 10. 2004. Gero von Randow: *Bomben, was für Bomben*, in: »Die Zeit«, 21. 10. 2004. *USA gegen Iran. Der nächste Krieg?* »Der Spiegel«, Nr. 4, 24. 1. 2005.
- 10 »Frankfurter Rundschau«: *EU macht Iran zum Testfall für Bush*, 19. 2. 2005.
- Jürgen Elsässer: *Entzweit und doch vereint*. »Freitag«, 11. 2. 2005
- 11 Zitiert bei F. Farsaie: *Die Waffen des Gottesstaates*, »Freitag«, 18. 2. 2005.
- 12 Joseph Ciricione: *Verhandeln, bedrohen, belohnen*. »Internationale Politik«, Nr. 2, 2005, S. 67.
- 13 Matthias Rüb: *Anreize für Teheran bedeuten keinen grundsätzlichen Politikwechsel. In Washington wird Bushs neue Iran-Politik als taktischer Zug bewertet*. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 2. 3. 2005.

Autorennotiz: GERD WEIDENHAUSEN, geb. 1955. Studium der Diplom-Pädagogik an der Philipps-Universität Marburg und der Kunsttherapie und Kunstpädagogik in Ottersberg. Der Autor beschäftigt sich immer wieder mit zeitpolitischen Fragestellungen und trat als Verfasser einer Reihe von Essays hervor. Kontakt: EvelynWeidenhaus@aol.com